



Niederschrift

Gremium			
Bau-, Planungs- und Umweltausschuss			17. Sitzung
Sitzungsort			Sitzungstag
Rathaus, Sitzungssaal, Hauptstraße 20, Marienheide			23.02.2012
Datum der Einladung	Einladungsnachtrag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende
09.02.2012		16:30 Uhr	20:28 Uhr

Anwesend sind:

Vorsitzende/r

Schneider, Ulrich WfM

Ratsmitglieder CDU

Köster, Nadine CDU Vertretung für Herrn
Michael Hettich

Ratsmitglieder SPD

Berges, Günter SPD
Borner, Kurt SPD
Kühr, Rolf SPD
Maurer, Holger SPD

Ratsmitglieder FDP

Heringer, Reimund FDP

Ratsmitglieder WfM

Liebig, Rolf WfM Vertretung für Herrn
Jörn Bielenberg

Meier, Hans Lothar WfM

Sachkundige Bürger CDU

Göldner, Sebastian CDU

Sachkundige Bürger SPD

Beyer, Christoph SPD

Sachkundige Bürger FDP

Beckmann, Dieter FDP

Sachkundige Bürger UWG

Lauert, Dieter
Oehme, Klaus

UWG
UWG

Sachkundige Einwohner

Schröder, Walter

fraktionslos

Es fehlten:Ratsmitglieder CDU

Hettich, Michael

CDU

Ratsmitglieder fraktionslos

Sturm, Peter

fraktionslos

Sachkundige Bürger WfM

Bielenberg, Jörn

WfM

von der Verwaltung

Hombitzer, Armin
Krüger, Monika
Schmereim, Marco
Müller, Volker
Kaufmann, Yvonne

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss ordnungsgemäß und fristgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist. Hiergegen werden keine Einwendungen erhoben.

Vor Einstieg in die Tagesordnung bittet die Verwaltung um Aufnahme von zwei weiteren Punkten. Als TOP 3.2 sollen „Anträge und Stellungnahmen der Ratsfraktionen zu den Haushaltsplanberatungen 2012“ behandelt werden und unter Behandlung von Bauanträgen und Bauvoranfragen als TOP 14.1 erneut das Thema „Anbringung einer Werbeanlage an das Wohnhaus auf dem Grundstück Gemarkung Marienheide, Flur 35, Flurstück 2514, Gummersbacher Straße 105 (Drucksache-Nr. BV/141/11/1).

Öffentliche Sitzung:

1	PPP-Projekt Marienheide, Sachstandsbericht	Drucksache Nr.
----------	---	----------------

Aufgrund der niedrigen Temperaturen wurden die Bauarbeiten an der Turnhalle Jahnstraße vorübergehend eingestellt, seit Anfang der 7. KW aber mittlerweile wieder aufgenommen.

Mit Hochdruck wird weiter an der termingerechten Fertigstellung bis Mai 2012 gearbeitet. Zurzeit schreitet im künftigen Sozialbereich der komplette technische Ausbau weiter voran. Es ist ebenfalls geplant, die Versorgungsleitungen durch die Pestalozzistraße zu verlegen. Hierfür wird eine Vollsperrung der Pestalozzistraße vom 05.03 bis 08.03.2012 erforderlich. Parallel laufen die Dachdeckerarbeiten und die Fertigstellung der Hallenfassade.

Vor einer der nächsten Sitzungen dieses Ausschusses kann eine Besichtigung des Rohbaues erfolgen.

Zur Fortführung der Sanierungsarbeiten im Sportzentrum wurden parallel mit den Handballvereinen Abstimmungsgespräche geführt und der Bauablauf zeitlich festgelegt.

RM Holger Maurer erkundigt sich nach der geplanten Umzäunung des Schul- und Sportgeländes. Herr Müller informiert darüber, dass die Firma Goldbeck zzt. in Verbindung mit der Schule und der Gemeinde hinsichtlich einer Prüfung über die Zaunhöhe stehe.

Aus dem Ausschuss wird nach der Bepflanzung zwischen dem Sportgelände und der Scharder Straße gefragt. Hierauf basierend wird von der Verwaltung vorgetragen, dass die Bäume wegen des Laubeintrages auf dem Kunstrasenplatz gefällt worden seien. Die Neuanpflanzung erfolge unter Kostenbeteiligung der Anlieger, welche zunächst gegen das Abholzen gewesen seien.

2	Bürgeranregung von Frau Karin Viesteg gem. § 24 GO NRW bzw. § 5 der Hauptsatzung der Gemeinde Marienheide zur Ratssitzung am 13.12.2011	Drucksache Nr. BV/013/12
----------	--	------------------------------------

Herr Hombitzer führt in die Thematik ein und macht deutlich, dass man auch in Marienheide zukünftig verstärkt auf regenerative Energien setzen müsse. In einigen Bereichen sei man bereits am Thema dran, es seien jedoch aufgrund der finanziellen Haushaltslage der Gemeinde für weitere Aktivitäten oftmals die Hände gebunden. Dennoch soll das Thema im Rahmen der finanziellen und personellen Ressourcen weiter verfolgt werden und dies möge auch der Ausschuss mit seinem Votum tun.

SB Dieter Lauert weist darauf hin, dass der Oberbergische Kreis ebenfalls die vorliegende Bürgeranregung erhalten habe, diese jedoch nicht sofort behandeln werde. Dieses Vorgehen regt Herr Lauert auch für die Gemeinde Marienheide an.

RM Nadine Köster stellt zur Diskussion was denn in Marienheide bzw. im gesamten Oberbergischen Kreis gewollt sei. Davon abhängig könne man dann weitere Vorgehensweisen prüfen. Dass die Bürgeranregung große Bedeutung für die Gemeinde Marienheide hat, findet auch RM Reimund Heringer und erkundigt sich nach konkreten Zielen. Verwaltungsseitig wird hierauf geantwortet, dass es keine detaillierte Konzeption, wie z. B. ein Klimakzept gebe und ein solches wegen der erforderlichen Eigenanteile auch nicht finanzierbar sei.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig, zwei Enthaltungen
<p>Die Gemeinde Marienheide erkennt die Notwendigkeit an, die eigene Energieversorgung mittel- bis langfristig möglichst aus erneuerbaren Energien sicher zu stellen. Sie wird sich im Rahmen ihrer finanziellen und personellen Ressourcen für dieses Ziel einsetzen. Dort wo es sinnvoll und machbar erscheint, wird sie an Aktivitäten und Netzwerken teilnehmen, um ihren Beitrag zur optimierten Nutzung erneuerbarer Energien zu leisten.</p>	

3	Haushaltsplan 2012	Drucksache Nr.
----------	---------------------------	----------------

3.1	Haushaltsplan 2012; Beratung der wesentlichsten Ausgaben des Fachbereiches III	Drucksache Nr. BV/006/12
------------	---	------------------------------------

Aufgrund der Teilnahme am Stärkungspaket Stadtfinanzen soll die Gemeinde Marienheide innerhalb der nächsten fünf Jahre 12,3 Millionen Euro einsparen. Die vorliegende Aufstellung über die wesentlichen Ausgaben des Fachbereiches III im Haushaltsplan 2012 ist deshalb in nächster Zeit nochmals auf weiteres Einsparpotenzial zu prüfen. Erste Hinweise für ein solches Potenzial sind durch rote Zahlen gekennzeichnet.

Man kommt überein, die Seiten mit Haushaltsansätzen einzeln abzuarbeiten, woraufhin unter anderem folgende Positionen angesprochen wurden:

Kostenstelle 12004 Gesamtschule Marienheide

Es wird der Netzausbau in Abteilung I diskutiert und um Prüfung des Sachverhaltes durch die Verwaltung gebeten.

Kostenstelle 15003 Straßenbeleuchtung

Der heutige Entwurf enthält den jährlichen Ansatz. Insgesamt gibt es in der Gemeinde rund 1200 Straßenlampen, von denen etwa 200 zur Disposition vorgesehen sind. Die ausgeschalteten Laternen abzubauen wäre jedoch zu teuer, sodass sie solange stehen bleiben müssten bis sie eine Gefahr darstellen.

Kostenstelle 15006 Buswartehäuser

Es ist die Ersatzbeschaffung eines Buswartehäuschens vorgesehen. Im Rahmen des Stärkungspaktes könne es ein, dass beschädigte Buswartehäuser nicht mehr ersetzt werden. Die in roter Zahl angegebenen 1.000,00 Euro sind dann lediglich für Reparaturen vorgesehen.

Kostenstelle 5.000018.700 (Investiv)

Löschwasserversorgung

Hierzu wird auf Punkt 15 der Tagesordnung Mitteilungen der Verwaltung verwiesen.

Kostenstelle 5.00022.7710 (Investiv)**Bewegliches Vermögen Bauhof**

Erwerb bewegliche Sachen

Ersatzbeschaffung Schneepflug und Streugerät

Die Gemeinde Marienheide hält 13 Streugeräte und 14 Schneepflüge für den Winterdienst einsatzbereit zur Verfügung. Jedes Jahr wird turnusgemäß ein neues Gerät für 20.000,00 € angeschafft, da die Fahrzeuge in der Regel nach 14 Jahren nicht mehr betriebsbereit sind und ausgetauscht werden müssen.

Kostenstelle 5.100086 (Investiv)**Aufstufung Wirtschaftsweg Eberg, Deckenerneuerung**

Deckenerneuerung

Auf Nachfrage wird verwaltungsseitig berichtet, dass der Investor des Waldhotels nach wie vor die Zufahrt zum Hotel verbessern und den Wirtschaftsweg entsprechend ausbauen will.

Die anteiligen Kosten für die Gemeinde Marienheide für die Deckenerneuerung Eberg betragen 55.000,00 Euro. Die Maßnahme soll dieses Jahr durchgeführt werden.

Kostenstelle 5.100067. (Investiv)**Brückenerneuerung Singernstraße/Wipperweg**

Die beauftragten Ingenieurleistungen in Höhe von 35.700,00 € werden als zu hoch betrachtet. Diese sind jedoch nach der HOAI wie angegeben, festgelegt. Im März soll die Ausschreibungsphase für das Betonbauwerk beginnen.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig, zwei Enthaltungen
Der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss nimmt die vorgeschlagenen baulichen und planerischen Maßnahmen des Fachbereiches III für das Haushaltsjahr 2012 zustimmend zur Kenntnis	

3.2	Anträge und Stellungnahmen der Ratsfraktionen zu den Haushaltsplanberatungen 2012	Drucksache Nr.
------------	--	----------------

Als Tischvorlage liegen der Antrag der FDP-Fraktion (AT/011/12) vom 26.01.2012 sowie der Antrag der WfM-Fraktion (AT/028/12) vom 15.02.2012 vor.

Der Antrag der FDP-Fraktion betrifft diesen Ausschuss in den Punkten 3, 4 und 7, worüber zuerst beraten wird:

Zu Punkt 3:

Aufgrund der Vielzahl an ehrenamtlichen Tätigkeiten im Gemeindegebiet konnte nur exemplarisch die Wertschöpfung der beiden großen Gruppen, den Friedhofsrentnern in Müllenbach und den Saubermännern im Ortskern ermittelt werden. Als Ergebnis kann festgehalten werden, dass die Ehrenämtler, die sich um den Friedhof Müllenbach verdient machen, eine Wertschöpfung von ca. 13.728,00 € ausmachen. Für die Reinigung im Ortskern konnte kein sachbezogener Betrag ermittelt werden. Die beteiligten Helfer leisten ca. 200 Stunden im Jahr. Die Wertschöpfung bei einem Vergleich mit den Stundensätzen des Bauhofs beträgt ca. 7.094,00 €.

Die ehrenamtliche Arbeit der freiwilligen Helfer ist für die Gemeinde Marienheide von großer Bedeutung, da der Bauhof für diese zusätzliche Arbeit an die Grenzen seiner Kapazität stößt.

Zu Punkt 4:

Die Busspur ist seinerzeit mit Fördermitteln des Landes finanziert und mit einer Zweckbindung versehen worden. Die Dauer der Zweckbindung beträgt 20 Jahre und läuft Ende 2023 ab. Bei einer vorzeitigen Aufhebung der Busspur ist davon auszugehen, dass die Fördermittel anteilig zurückgezahlt werden müssen.

Zu Punkt 7:

Die Induktionsschleifen der Ampelanlage Scharder Straße/Einmündung Leppestraße sind defekt. Es ist vorgesehen, nur im Zuge einer Deckensanierung diese Induktionsschleifen zu erneuern. Der Landesbetrieb Straßen NRW will jedoch evtl. zur Steuerung der Ampelanlage kurzfristig ein Kamerasystem installieren. RM Kurt Börner möchte wissen, ob sich der Landesbetrieb Straßen NRW zu dem Problem geäußert habe. Eine Stellungnahme liegt der Verwaltung vor und wird dieser Niederschrift beigelegt.

Der Antrag der WfM-Fraktion enthält den Punkt „Verkauf des Grundstückes in der Hermannsbergstraße“. Sollte der Verkauf dieser Grundstücksfläche, auf dem ein Seniorenheim entstehen soll, nicht zustande kommen, kommt es in den nachfolgenden Jahren zu einem hohen finanziellen Schaden für die Gemeinde Marienheide. Dieser setzt sich zusammen aus dem entgangenem Veräußerungspreis in Höhe von mind. ca. 800.000,00 € sowie der durch den Entfall der Einnahmen entstehenden Zinsbelastungen.

4	Satzung über örtliche Bauvorschriften zur Regelung des städtebaulichen Erscheinungsbildes der Ortsteile "Kattwinkel" und "Wernscheider Berg" gem. § 86 BauO NRW	Drucksache Nr. BV/008/12
----------	--	------------------------------------

Dieser Beschlussvorlage ist der Satzungsentwurf über örtliche Bauvorschriften zur Regelung des städtebaulichen Erscheinungsbildes der Ortsteile „Kattwinkel“ und „Wernscheider Berg“ beigelegt.

In § 5 Abs. 2 muss es heißen „wasserdurchlässigen Materialien“ statt „wasserun-

durchlässigen Materialien“.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>Es wird beschlossen eine Satzung über örtliche Bauvorschriften zur Regelung des städtebaulichen Erscheinungsbildes der Ortsteile „Kattwinkel“ und „Wernscheider Berg“ gem. §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV. NW S. 666/SGV. NW 2023) und des § 86 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 01.03.2000 (GV.NRW. S. 256/SGV 232) in den zurzeit geltenden Fassungen zu erlassen.</p>	

5	75. Änderung des Flächennutzungsplanes "Reitanlage Bergische -Höhen, Kempershöhe", a) Ergebnis der Beteiligungsverfahren gem. § 2 Abs. 2, § 3 Abs. 1 u. 2 und § 4 Abs. 1 u. 2 BauGB, b) Planbeschluss	Drucksache Nr. BV/014/12
----------	--	------------------------------------

RM Lothar Meier nimmt an der Abstimmung und Beratung gem. § 31 GO NW nicht teil und nimmt im Zuhörerraum Platz.

Da die Beschlussvorlage versehentlich ohne Beschlussvorschlag versendet wurde, wird nun eine ergänzte Fassung an die Ausschusssmitglieder verteilt. Darüber wird wie folgt abgestimmt:

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>a) Über die Anregungen, die während der frühzeitigen Beteiligung und der öffentlichen Auslegung gem. § 2 Abs. 2, § 3 Abs. 1 u. 2 sowie § 4 Abs. 1 u. 2 BauGB vorgetragen wurden, wird, wie in der beigefügten Liste dargelegt, abgewogen und beschlossen.</p> <p>b) Für die 75. Änderung des Flächennutzungsplanes „Reitanlagen Bergische – Höhen Kempershöhe“ wird der Planbeschluss gefasst. Der Änderung des Flächennutzungsplanes ist gem. § 5 Abs. 5 BauGB eine Begründung mit den Angaben nach § 2 a BauGB sowie eine zusammenfassende Erklärung gem. § 6 Abs. 5 BauGB beigefügt.</p>	

6	Bebauungsplan Nr. 63 "Flugplatz Meinerzhagen/Marienheide"; Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses vom 03.09.1996	Drucksache Nr. BV/002/12
----------	--	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>Es wird beschlossen, den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 63 „Flugplatz Meinerzhagen/Marienheide“ vom 03.09.1996 aufzuheben.</p>	

7	Bebauungsplan Nr.67 "Konversion Hermannsberg", 3. Änderung gem. § 13 BauGB Aufstellungsbeschluss	Drucksache Nr. BV/017/12
----------	---	------------------------------------

Herr Hombitzer erläutert den Sachverhalt.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>Es wird beschlossen für den Bebauungsplan Nr. 67 „Konversion Hermannsberg“ ein 3. Änderungsverfahren gem. § 13 BauGB durchzuführen. Die überbaubare Grundstücksfläche soll für den Teilbereich 1 um ca. 2,00 m in östliche bzw. südöstliche Richtung verschoben werden, ohne das eine Vergrößerung der überbaubaren Grundstücksfläche erfolgt. Die beantragte Änderung, Teilbereich 2, soll nicht durchgeführt werden, weil dies mit einer geordneten städtebaulichen Entwicklung nicht vereinbar ist.</p>	

8	Bebauungsplan Nr. 86 "Kleingewerbestandort-Gogarten", Aufstellungsbeschluss	Drucksache Nr. BV/007/12
----------	--	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>Es wird beschlossen, den Bebauungsplan Nr. 86 „Kleingewerbestandort - Gogarten“ gem. § 2 BauGB aufzustellen.</p>	

9	Änderung einer öffentlichen Grünfläche mit der Zweckbindung "Parkanlage" in Wohnbaufläche im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 35 N "Griemeringhausen"	Drucksache Nr. BV/015/12
----------	---	------------------------------------

Zu diesem TOP hat vor der Sitzung eine Besichtigung stattgefunden. Dabei ist zur Sprache gekommen, dass zusätzlich zur der öffentlichen Grünfläche (Parkanlage) der angrenzende öffentliche Parkplatz einer baulichen Nutzung zugeführt werden soll. Dafür ist die Auslastung des Parkplatzes und die Bindungswirkung von Zuschüssen zu prüfen.

Der sachkundige Einwohner Walter Schröder weist darauf hin, dass es sich bei den Laubbäumen, die sich auf dem in Rede stehenden Grundstück befinden, um ein schützenswertes Biotop handeln könnte. Dort könnten auch Fledermäuse, die unter Artenschutz stehen, nisten.

Die Verwaltung wird gebeten, sowohl für die „Parkanlage“ als auch für ein weiteres in mittelbarer Nähe, zum Verkauf anstehendes Grundstück, das einer Bebauung zugeführt werden soll, eine Artenschutzprüfung durchführen zu lassen.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Die bisherige Nutzung der in der Drucksache Nr. BV/015/2012 aufgeführten Grundstücke wird geändert. Statt der öffentlichen Grünfläche mit der Zweckbindung „Parkanlage“ soll der zusammenhängende Grundbesitz einer baulichen Nutzung zugeführt werden. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 35 N „Griemeringhausen“ ist entsprechend anzupassen.	

10	Antrag auf wesentliche Änderung einer Anlage nach § 16 Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG); Erweiterung des Lagerplatzes und Anpassung der Laufzeit der Brech- und Klassieranlage an die Laufzeit des Steinbruchs Talbecke	Drucksache Nr. BV/003/12
-----------	--	------------------------------------

RM Nadine Köster nimmt an der Abstimmung und Beratung zu diesem TOP gem. § 31 GO NW nicht teil und nimmt im Zuhörerraum Platz. Auch der sachkundige Einwohner Walter Schröder nimmt an der Beratung zu diesem TOP nicht teil.

Es folgt eine längere Diskussion über die Erweiterung des Lagerplatzes und seine Auswirkungen. Hierbei werden z. T. auch Sachverhalte angesprochen, welche von anderen Trägern öffentlicher Belange zu vertreten sind bzw. deren Auswirkungen sich auf dem Gebiet der Stadt Gummersbach ergeben.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig, vier Enthaltungen
<p>Das Einvernehmen zur Erweiterung eines gewerblichen Lagerplatzes des benachbarten Steinbruchbetriebes für Schüttgüter auf den Grundstücken Gemarkung Marienheide, Flur 29, Flurstücke Nrn. 631, 632, 633, 634, 635, und 636 wird gem. § 36 BauGB erteilt. Dieses mit der Maßgabe, dass nach Aufgabe des Steinbruchbetriebes die Fläche wieder zu rekultivieren ist.</p>	

11	Antrag auf Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens gem. § 31 WHG zur Tieferlegung und Erweiterung des Steinbruchs Talbecke	Drucksache Nr. BV/004/12
-----------	--	------------------------------------

RM Nadine Köster nimmt an der Abstimmung und Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt gem. § 31 GO NW nicht teil.

Die Ausschussmitglieder kommen überein, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ergänzen, dass getroffene Absprachen bzw. Vereinbarungen zwischen dem Steinbruchbetreiber und den im Einwirkungsbereich des Abbaubetriebes gelegenen Grundstückseigentümern einzuhalten sind.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>Der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss nimmt den Antrag auf Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens gem. § 31 WHG zur Tieferlegung und Erweiterung des Steinbruchs Talbecke zustimmend zur Kenntnis. Die Belange der Einwohner der Ortschaften Berghof und Obernhagen finden bei diesem Projekt weiterhin die Unterstützung der Gemeinde Marienheide und müssen beim weiteren Abbau der Lagerstätte ausreichend berücksichtigt werden.</p> <p>Deswegen sind auch getroffene Absprachen bzw. Vereinbarungen zwischen dem Steinbruchbetreiber und den im Einwirkungsbereich des Abbaubetriebes gelegenen Grundstückseigentümern einzuhalten.</p>	

12	Widmung einer Verkehrsfläche im Gemeindegebiet Marienheide, Anliegerstraße "Lienkamp"	Drucksache Nr. BV/005/12
-----------	--	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>Der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss beschließt die endgültig hergestellte Anliegerstraße „Lienkamp“ als Gemeindestraße für den öffentlichen Verkehr zu widmen gem. § 6 i. V. m. § 3 Abs. 4 Nr. 2 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen – in der zurzeit geltenden Fassung.</p>	

13	Verkehrsberuhigung in Marienheide Reppinghausen	Drucksache Nr. BV/009/12
-----------	--	------------------------------------

Wie bereits in der letzten Sitzung dieses Ausschusses berichtet, liegt aktuell eine umfangreiche Unterschriftensammlung von Anwohnern aus der Alten Hofstraße vor, mit der ein Rückbau der Kölner Teller unter Beibehaltung der Temp-30-Zone in der Reppinghauser Straße beantragt wird. Die Liste wurde inzwischen auch schon von einigen Anwohnern aus der Reppinghauser Straße unterschrieben.

Es liegt zurzeit noch keine mehrheitliche Zustimmung der Anlieger der Reppinghauser Straße vor. Grundstückseigentümer, die sich bisher noch nicht geäußert haben, sollen nun zeitnah von der Verwaltung angeschrieben werden.

Obwohl auch die Meinung der Anlieger der Alten Hofstraße von Interesse ist, soll die Zustimmung der Anlieger der Reppinghauser Straße ausschlaggebend sein.

Auf Anregung von RM Holger Maurer wird dementsprechend im Beschlussvorschlag das Wort „auch“ gestrichen.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: Nein 1, Enthaltung 1
<p>Der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss beschließt, vorbehaltlich der mehrheitlichen Zustimmung der Anlieger der „Reppinghauser Straße“ die Verwaltung zu beauftragen den Rückbau der Kölner Teller mit zugehörigen Verkehrszeichen unter Beibehaltung der Tempo 30 Zone beim Straßenverkehrsamt des Oberbergischen Kreises zu beantragen.</p>	

14	Behandlung von Bauanträgen und Bauvoranfragen	Drucksache Nr.
-----------	--	----------------

14.1	Anbringung einer Werbeanlage an das Wohnhaus auf dem Grundstück Gemarkung Marienheide, Flur 35, Flurstück 2514, Gummersbacher Straße 105	Drucksache Nr. BV/141/11/1
-------------	---	--------------------------------------

Frau Krüger erinnert daran, dass in der letzten Sitzung am 12.01.2012 das Einvernehmen für die Anbringung einer Werbeanlage auf dem o. g. Grundstück abweichend von dem Beschlussvorschlag versagt wurde.

Es wurden unter anderem Bedenken bezüglich der Gefährdung des Straßenverkehrs geäußert. Die Erteilung oder Versagung des Einvernehmens in bauplanungsrechtlicher Hinsicht beziehen diese Aspekte jedoch nicht mit ein.

Aufgrund eines Schreibens vom Bauamt des Oberbergischen Kreises ist das o. g. Bauvorhaben erneut Thema dieses Ausschusses. Das Kreisbauamt hat mitgeteilt, dass man beabsichtige, die Baugenehmigung auch ohne das Einvernehmen der Gemeinde zu erteilen. Der Gemeinde ist nun erneut Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum 01.03.2012 gegeben. Dem Schreiben des Oberbergischen Kreises ist eine Stellungnahme des Landesbetrieb Straßen NRW beigelegt, aus dem hervorgeht, wie die Werbeanlage zu gestalten ist, damit eine Verkehrsgefährdung ausgeschlossen wird. Beide Schreiben sind dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Verwaltungsseitig wird empfohlen, erneut über das Bauvorhaben zu beraten und zu beschließen

Nach ausführlicher Diskussion kommt man überein, erneut über das Bauvorhaben abzustimmen.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: Ja 2, Nein 10, Enthaltung 1
Das Einvernehmen gem. § 36 BauGB wird erteilt.	

Es wird somit gegen den Beschlussvorschlag gestimmt.

15	Mitteilungen und Verschiedenes	Drucksache Nr.
-----------	---------------------------------------	----------------

Zukunftsinvestitionsgesetz NRW

Konjunkturpaket II

Die Bundesregierung hat zusammen mit den Ländern im Rahmen des Konjunkturpaketes II den Kommunen finanzielle Mittel für zusätzliche Investitionen mit den Schwerpunkten Infrastruktur und Bildungsinfrastruktur zur Verfügung gestellt.

Auf die Gemeinde Marienheide entfielen 1.328.605 €. Nach einem Mitteltausch mit der Stadt Unna standen für Bildungsinfrastruktur 777.222 €, für sonstige Infrastruktur 551.383 € zur Verfügung. Der Förderzeitraum des Zukunftsinvestitionsgesetzes endete mit Ablauf des Jahres 2011.

Die Gemeinde Marienheide hat eine Vielzahl von Maßnahmen durchgeführt, deren Qualifizierung der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss in seiner Sitzung am 01.12.2009 beschlossen hat.

Diese Maßnahmen sind beendet. Sie wurden vom Rechnungsprüfungsamt des Oberbergischen Kreises im Januar 2012 geprüft. Die Prüfung ergab keine Beanstandungen. Die Beendigungsanzeigen mit Testat der Rechnungsprüfung wurden der Bezirksregierung Köln vorgelegt.

Verausgabt wurden im Bereich der Bildungsinfrastruktur 777.186,75 € (Rest 35,25 €) und im Bereich der sonstigen Infrastruktur 551.382,97 € (Rest 0,03 €).

Die vorliegenden Auswertungen machen deutlich, dass die Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes in Nordrhein-Westfalen im kommunalen Bereich sehr erfolgreich verlaufen ist. Die Gemeinde Marienheide konnte mit Hilfe des Konjunkturpaketes II zukunftsorientiert investieren und Projekte realisieren, die entlastend für zukünftige Haushalte wirken, möglicherweise wegen der schwierigen Finanzsituation gar nicht oder sehr viel später hätten umgesetzt werden können.

Löschwasserversorgung Dürhölzen

Zwischen Winkel und Dürhölzen wird in diesem Jahr eine neue Trinkwasserleitung verlegt. Der Betriebsausschuss bat darum, durch Parallelführung einer Löschwasserleitung den Löschwassermisstand in Dürhölzen zu beheben. Der hierfür zuständige Bau-, Planungs- und Umweltausschuss hat sich in seiner letzten Sitzung aus Kostengründen dagegen ausgesprochen. Nach erneuter Prüfung des Sachverhaltes ist davon auszugehen, dass mit der neuen Trinkwasserleitung und dem Ausbau eines vorhandenen Druckminderers mindestens 600 Liter pro Minute für zwei Stunden zur Verfügung stehen, evtl. könnten es sogar 800 l/min sein.

Der Ausschuss nimmt diese Entwicklung zustimmend zur Kenntnis.

Löschwasserversorgung Lingese-Talsperre

Herr Schmereim gibt einen Überblick über die geplanten Maßnahmen zur Löschwasserversorgung in Kattwinkel, Wernscheid und Linge. Für 2012 ist zunächst vorgesehen, am Kreisverkehrsplatz Griemeringhausen eine Pumpe zu installieren, die aus-

reichend Löschwasser für Wernscheid und Kattwinkel gewährleistet. Dafür sind ca. 60.000,00 Euro veranschlagt. Zudem erforderlich ist der Einbau von jeweils einem Druckminderer in Wernscheid und Kattwinkel sowie die Erneuerung einiger weiterer Teilabschnitte. Kostenträger für die in 2013 vorgesehene Erneuerung der Teilabschnitte ist die AggerEnergie, die Kosten für die beiden Druckminderer (ca. 40.000,00 €) trägt die Gemeinde Marienheide. Hierdurch können dann aber zwei projektierte Löschwasserbehälter in Wernscheid und Kattwinkel mit einem Kostenvolumen von 100.000,00 € entfallen.

RM Rolf Kühr erkundigt sich, ob zur Kostenreduzierung anstelle einer fest installierten Pumpe am Kreisverkehr Griemeringhausen eine Tragkraftpumpe der Feuerwehr eingesetzt werden kann. Verwaltungsseitig wird eine Prüfung dieses Vorschlags zugesichert.

Die Ausführungen werden zustimmend zur Kenntnis genommen. Der Ausschuss ist bereit eine Kostenverschiebung (Ertüchtigung des Netzes anstatt Behälter) zu akzeptieren.

Privatweg Niederwette

Eine nochmalige Erörterung des Sachverhaltes mit der Bezirksregierung hat bestätigt, dass eine Bereitstellung der privaten Flächen als Weg nicht zwangsweise durchsetzbar ist. Deswegen bleibt es bei der Schließung des Weges, verbunden mit Verbesserungen des verbleibenden Teilstückes der Straße. So wird der Einmündungsbereich auf die Däinghauser Straße kurzfristig aufgeweitet. Die notwendige Wendeanlage wird später errichtet. Die Kostenträgerschaft für diese Maßnahmen liegt bei der Gemeinde Marienheide.

Bahnübergang Börlinghausen

Der Bahnübergang östlich der Ortschaft Börlinghausen soll im Rahmen der Reaktivierung des Streckenabschnittes Marienheide-Meinerzhagen der Oberbergischen Bahn (RB 25) aufgelassen werden. Der Ausschuss nimmt zustimmend zur Kenntnis, dass die Querung des dortigen Wirtschaftsweges mit der Eisenbahntrasse aufgehoben werden soll.

Bahnübergang Brucher Straße

Der Bahnübergang Brucher Straße soll erhalten werden, sodass der dortige Bahnübergang umgebaut werden muss. Hierbei wird der Wirtschaftsweg zur Staumauer verlegt. Eine wesentliche Änderung der Verkehrsführung erfolgt jedoch nicht.

Bahnübergang Holzzipper/Dannenberger Straße

Der ebenfalls von der Reaktivierung betroffene Bahnübergang wird aus Sicherheitsaspekten umfangreich umgebaut. Hierbei wird sich die Vorfahrtssituation ändern. Zukünftig erhält die Verkehrsachse Dannenberg-Holzzipper Vorfahrt, damit der Bahnübergang stets staufrei ist. Der Ast Richtung Meinerzhagen ist dann zukünftig untergeordnet.

Schöneborn, Anbringung von Kölner Tellern

RM Kurt Borner berichtet, dass auf einen Antrag der FDP-Fraktion hin, in Schöneborn Kölner Teller angebracht werden sollen. Er weist darauf hin, dass dort für den Fall, dass sich ein Sponsor findet, auch eine Befragung der Grundstückseigentümer durchzuführen sei.

Vorsitzende/r:

Schriftführer/in:

Ulrich Schneider

Yvonne Kaufmann

Gesehen:

Uwe Töpfer
Bürgermeister